

Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzungsbüro:

Beschluss-Nr.: Br-00-146/20

Aktenzeichen:

Amt: Büro des AD

Datum: 10.12.2020

Version: 1

zu behandeln in:

öffentlicher Sitzung

☒

nicht öffentl. Sitzung

Betreff: Sofortige Aussetzung von Präsenzsitzungen aller Gremien der Stadtverordnetenversammlung Brück während der COVID-19-Pandemie (Eilantrag der SPD-Fraktion vom 08.12.2020)

Kurzinfo zum Beschluss

Finanzielle Auswirkungen: Nein

Gesamtkosten: € Jährliche Folgekosten: €

Finanzierung Eigenanteil: € Objektbezogene Einnahmen: €

Haushaltsbelastung: €

Veranschlagung: **Nein** mit €

Produktkonto: FinanzH: ErgebnisH:

geprüft und bestätigt:

Unterschrift Kämmerer

geprüft und bestätigt:

Amtsleiter

Amtsdirektor

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
----------------	---------	---------	------	-------	------	-------	-------------

SVV	1						
-----	---	--	--	--	--	--	--

☐ Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite

Unterschrift / Datum:

Vorsitzender der SVV

Beschluss-Nr.: Br-00-146/20

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

Beschlusstext:

Die Fraktion der SPD Brück beantragt die sofortige Aussetzung der Durchführung aller Präsenzsitzungen der Fachausschüsse sowie der Stadtverordnetenversammlung Brück. Ausnahmen sollen, nur soweit gesetzlich vorgesehen, für dringende Beschlussfassungen allein in Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung gelten. Um die weitere Arbeit der Gremien und Einbindung der Verwaltung sicher zu stellen, werden zukünftig bis zum Ende der COVID-19-Pandemie die digitalen Medien, wie bspw. Microsoft Teams, WebEx, Skype oder andere Lösungen, zur Fortsetzung der Sitzungstätigkeit genutzt.

Die SPD-Fraktion beantragt für den v.g. Eilantrag namentliche Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung sowie ebenso in der Sache selbst

Unterschrift / Datum:

Vorsitzender der SVV

Begründung

Um die Corona Pandemie erfolgreich einzudämmen, sind von der Politik und dem Gesetzgeber Maßnahmen zur Kontaktbeschränkung ergriffen worden, welche die persönliche Freiheit stark einschränken. Unabhängig von diesen restriktiven staatlichen Regelungen bis hin zu aktuellen Diskussionen bezüglich eines Totals-Lockdowns und Ausgangssperren als Reaktion auf immer noch nicht sinkende Zahlen der Neuinfektion, sollte es die Pflicht eines jeden Stadtverordneten sein, durch persönliche Vorbildfunktion die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen und eine weitere Verbreitung von COVID-19 zu verhindern. Nur so kann die gesunkene Akzeptanz bezüglich dringend notwendiger Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie in der Bevölkerung wieder erhöht werden, aber auch bei teils lautloser, unsichtbarer Verbreitung des Virus, grade die Risikogruppe älterer und gesundheitlich angeschlagener Mitmenschen, neben der eigenen, geschützt werden. Unverantwortlich ist bspw. der Irrglaube, dass gerade in Wintermonaten bei kühlerer Jahreszeit die Versammlungsorte vollständig gelüftet werden können, ohne dass diese um den Gefrierpunkt abgekühlt Sitzungen ermöglichen würden.

IN der Folge besteht die Gefahr der Ansteckung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Amt Brück, die eigene Familie und weitere Kontakte im persönlichen Umfeld.

Wie bereits in vielen Berufen und Sparten des öffentlichen Lebens praktiziert, soll die Fortsetzung der Sitzungstätigkeit digital erfolgen. Die Eilbedürftigkeit des Antrags begründet sich aus der dramatischen Entwicklung der COVID-19-Pandemie und einer dringend notwendigen kurzfristigen Reaktion.